

SCHWARZ-GRÜNES PROJEKT GESCHEITERT

CDU HAT BILDUNGSGIPFEL HINTERTRIEBEN

Aus Sicht der SPD-Fraktion hat die CDU eine valide Einigung beim so genannten „Bildungsgipfel“ verhindert.

Thorsten Schäfer-Gümbel sagte dazu im Hessischen Landtag: „Ministerpräsident Volker Bouffier und die Hardliner in der CDU haben den Gipfel hintertrieben. Anstatt den Bildungsgipfel zur Chefsache zu machen, hat Bouffier öffentlich klar gemacht, dass die CDU wörtlich ‚keinen Millimeter‘ von ihren Grundlinien abweichen werde. Das Gewicht von Kultusminister Lorz hat nicht ausgereicht, die Widerstände in der CDU-Fraktion zu überwinden.“

Die SPD habe klar formulierte und messbare Ziele gefordert. „Immer-



Thorsten Schäfer-Gümbel:
„Der Bildungsgipfel ist an der CDU gescheitert. Einem Papier, das nicht zu mehr Bildungsgerechtigkeit führt, konnte die SPD unmöglich zustimmen.“

FOTO: DAVIA MERBACH

hin ging es darum, bildungspolitische Leitlinien für die kommenden zehn Jahre festzuzurren. Ob beim Thema Ganztagschulen, Inklusion oder Berufsorientierung – ober-

flächliche Willensbekundungen und Unverbindlichkeiten reichen da nicht aus. Wir haben dem Kultusminister Einigungskorridore aufgezeigt, etwa hatten wir die Umwandlung von 50 Grundschulen in echte Ganztagschulen jährlich vorgeschlagen. Diesen Vorschlag habe ich bereits am 20. Januar 2015 erstmals gemacht. Bei Kultusminister Lorz sind die Ergebnisse leider versandet – wie er selber sagt. Wir wollen eine bessere Schulpolitik für Hessen. In keinem anderen Land hängt Bildung so stark von der sozialen Herkunft der Kinder ab, wie bei uns. Dies zu verändern ist unser bildungspolitischer Maßstab“, so Schäfer-Gümbel.

SORGE UM ARBEITSPLÄTZE IM KALI-BERGBAU

Eine Übernahme des nordhessischen Kali-Produzenten K+S durch den kanadischen Konkurrenten Potash lehnt die SPD-Fraktion ab. Der Fraktionsvorsitzende Thorsten Schäfer-Gümbel sagte: „Die SPD-Fraktion vertritt



ÜBER DIE ARBEIT IM KALI-BERGBAU INFORMIERTE SICH DIE SPD-FRAKTION VOR ORT.

ist und wir begrüßen, dass ein solches Angebot des kanadischen Unternehmens abgelehnt wurde.“ K+S habe eine zentrale Bedeutung als einer der größten Arbeitgeber in Nord- und Osthessen. Zudem sei das Unterneh-

men bergbautechnisch ein Technologieführer. „Bei einer Übernahme bestehen erhebliche Gefahren für die Beschäftigten und die Region.



Die Übernahmepläne zielen ganz eindeutig auf eine Marktbereinigung durch Standortschließung zu Lasten von Europa ab.“

Das Unternehmen K+S sei finanziell gesund und auf dem Weltmarkt absolut konkurrenzfähig. Über 7000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und ihre Familien seien direkt und indirekt von K+S in der Region Nord- und Osthessen sowie in Westthüringen abhängig.

AKTUELLE STUNDEN KURZ UND KNAPP

CDU-VETTERNWIRTSCHAFT TEUER FÜR HESSEN

„Den hessischen Steuerzahlern entsteht auf Grund eines Vergleichs zur Beendigung der sogenannten ‚Polizeicheffaffäre‘ ein Schaden in Höhe von 50.000 Euro, der durch das rechtswidrige Verhalten und die politische Vetternwirtschaft des damaligen Innenministers und heutigen Ministerpräsidenten Volker Bouffier verursacht worden ist. Ohne Anerkennung eines Rechtsanspruches 50.000 Euro zu zahlen, ist schon merkwürdig. Das Land Hessen fürchtet ein Urteil des Landgerichtes Wiesbaden. Es kann nicht sein, dass die Steuerzahler hier für rechtswidriges Handeln des damaligen Innenministers aufkommen müssen. Die Frage der Amtshaftung stellt sich hier deutlich“, sagte der Parlamentarische Geschäftsführer **Günter Rudolph**.



FOTO: DAVIA MERBACH

BOUFFIERS POLITISCHE VETTERNWIRTSCHAFT WIRD TEUER FÜR DAS LAND, KRITISIERT GÜNTER RUDOLPH.

AL-WAZIR SCHWEIGT IM WINDKRAFT-STREIT

Der energiepolitische Sprecher **Timon Gremmels** hat die Toleranz der Grünen gegenüber der häufig ablehnenden Haltung der CDU beim Thema Windkraft kritisiert, zuletzt ist darüber eine schwarz-grüne Koalition in Eltville zerbrochen. „Minister Al-Wazir hatte heute die Chance im Plenum für die Landesregierung Stellung zu beziehen. Dass er es vorgezogen hat, zu schweigen, ist ein klarer Beleg für einen massiven Konflikt bei einem zentralen Thema.“

PROGRAMM ERREICHT ARBEITSLOSE NICHT

Als „unausgegoren und kaum ziel führend“ hat der arbeitsmarktpolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion **Wolfgang Decker** ein von CDU und Grünen vorgelegte Programm zur Eingliederung von Langzeitarbeitslosen in den Arbeitsmarkt bezeichnet. „Der Berg kreite über ein Jahr und gebar am Ende eine Maus. Wir



haben große Zweifel, dass dieses Programm die Betroffenen wirklich erreichen wird“, sagte Decker.

GLYPHOSAT IN DER MUTTERMILCH

„Die neuen Ergebnisse und Befunde zur gesundheitlichen Wirkung von Glyphosat für den Menschen sind erschreckend und geben erheblichen Anlass, schnell zu handeln. Schon im Jahr 2014 kamen Untersuchungen in den USA zu erschreckenden Ergebnissen über Rückstände von Glyphosat in Muttermilch. Ministerin Hinz hat schon damals die Gelegenheit gehabt, die Gefahren von Glyphosat ernst zu nehmen und schnell zu handeln. Dies hat die Landesregierung versäumt“, sagte **Angelika Löber**, verbraucherpolitische Sprecherin.



ZU WENIG GELD FÜR BIBLIOTHEKEN

Die SPD-Abgeordnete **Ulrike Alex** hat in der Beratung des Hessischen Bibliotheksgesetzes der Landesregierung vorgeworfen, sich nicht um eine ausreichende Finanzierung der Bibliotheken zu kümmern. „Die Finanzierungsregelung des Landes bleibt im Gesetz vage. Die klare Formulierung von Zielen und Standards wird vermieden, um nicht Landesmittel zur Verfügung stellen zu müssen“, sagte Alex.



LANDESMITTEL FÜR NAHVERKEHR

Für eine bessere Finanzierung des Nahverkehrs sieht die SPD-Fraktion nicht nur der Bund in der Pflicht, sondern auch die hessische Landesregierung, so der verkehrspolitische Sprecher **Uwe Frankenberger**. „Leider stellt die schwarz-grüne Landesregierung keine eigenen Landesmittel für den ÖPNV zur Verfügung, obwohl die Grünen dies im Landtagswahlkampf versprochen haben.“ Nach wie vor gebe es kein integriertes Verkehrskonzept für Hessen, dabei sei nachhaltige Verkehrspolitik die Herausforderung der Zukunft – insbesondere im Ballungsraum.



SCHWARZ-GRÜN BESCHLIESST FINANZAUSGLEICH FRONTALANGRIFF AUF STÄDTE, GEMEINDEN UND KREISE

Die Koalition aus CDU und Grünen hat gegen die Stimmen der Opposition die Neuordnung des Kommunalen Finanzausgleichs (KFA) beschlossen, der aus Sicht der SPD-Fraktion einem schwarz-grünen Frontalangriff auf die Städte, Gemeinden und Kreise gleichkommt.

Der finanzpolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion **Norbert Schmitt** nannte den neuen KFA „zutiefst kommunalfeindlich“. „Die Kommunalfriendlichkeit bleibt auch nach den jüngsten Nachbesserungen bestehen. Die Städte, Landkreise und Gemeinden erhalten immer noch 500 Millionen Euro weniger als ihnen nach dem KFA-Recht vor 2011 zustehen würde.“

Viele Kommunalpolitiker aller Parteien hätten große Hoffnung auf

die Neuordnung gesetzt und sähen sich massiv getäuscht. „Diesen Verdruss hat Schwarz-Grün mit einem Gesetzentwurf verursacht, dessen Ergebnis vorausbestimmt gewesen ist, nämlich den Kommunen die notwendigen Mittel vorzuenthalten. Mit viel Getöse, vielen



Rechenoperationen und Gesprächsrunden wurde dieses Ziel übertüncht. Das alles war immer als Täuschungsmanöver angelegt.“ Der den kommunalen Spitzenverbände abgepresste

Kompromiss ersetze keine fairen Verhandlungen auf Augenhöhe. „Etwas weniger kommunalfeindlich bleibt immer noch kommunalfeindlich. Dass für Kommunen gedachte Bundesmittel diesen ungeschmälert zufließen, ist eine Selbstverständlichkeit.“ Die zentralen Mängel des Gesetzentwur-

MAGERE ZWISCHENBILANZ BEIM KLIMASCHUTZ

Für völlig unzureichend hält die SPD-Fraktion die Bemühungen der schwarz-grünen Landesregierung beim Klimaschutz. „Vor allem die Grünen werden ihren eigenen Ansprüchen nicht gerecht. Zu Oppositionszeiten haben sie vier Klimaschutzgesetze vorgelegt - davon wollen sie jetzt nichts mehr wissen. So ist im schwarz-grünen Koalitionsvertrag nur noch von einem Klimaschutzkonzept die Rede“, sagte **Timon Gremmels**, umweltpolitischer Sprecher der SPD, in der Erwiderung auf eine Regierungserklärung von



Umweltministerin Priska Hinz. „Wir hatten wenigstens erwartet, dass die Umweltministerin dem Landtag dieses Konzept vorstellt, doch Fehlanzeige.“ Stattdessen habe die Ministerin längst bekannte Einzelmaßnahmen aufgelistet. Auf den von Schwarz-Grün angekündigten jährlichen Klimaschutzbericht warte die Öffentlichkeit bis heute. Darüber hinaus klammere Umweltministerin Hinz bei der Frage des Klimaschutzes den



FOTO: GERT-UWE MENDE

AM SAMSTAG HATTE THORSTEN SCHÄFER-GÜMBEL ZUSAMMEN MIT DER WIESBADENER SPD UND DEREN VORSITZENDEN DENNIS VOLK-BOROWSKI VOR DEM NEUEN KFA GEWARNT.

Verkehr fast vollständig aus, obwohl er mit 48 Prozent fast die Hälfte des hessischen Energieverbrauchs verursache. Der SPD-Umweltpolitiker wies darauf hin, dass es in rot-grün regierten Ländern wie Rheinland-Pfalz, Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg und Bremen wirkungsvolle Klimaschutzgesetze gebe. „Daran sollte sich Ministerin Hinz orientieren, dann hätte sie auch unsere Unterstützung.“



BILD: KATJA XENIKIS - FOTOLIA

SCHWARZ-GRÜN ENTTÄUSCHT BEI FRAUENFÖRDERUNG

Im Vergleich zum seit Monaten vorliegenden Gesetzentwurf der SPD-Fraktion für ein neues Gleichberechtigungsgesetz fällt der jetzt von CDU und Grünen



eingebraachte Entwurf aus Sicht der SPD enttäuschend aus. „Die Änderungen der Regierungskoalition haben wenig Substanz und werden kaum den dringend notwendigen Fortschritt bringen“, sagte die frauenpolitische Sprecherin **Lisa Gnadl**. Dabei gebe es gerade in Hessen viel Nachholbedarf in Sachen Gleichberechtigung. Im Gegensatz zum SPD-Gesetz gebe es im Entwurf der schwarz-grünen Koalition keine klaren Vorgaben und eindeutige Begriffsbestimmungen. Während die SPD die Frauenbeauftragten stärken, angemessen ausstatten und ihnen wirkungsvolle Instrumente an die Hand geben wolle, weil sie eine Schlüsselposition inne hätten, um Gleichberechtigung durchsetzen zu können,



blieben CDU und Grüne mit ihren Vorschlägen auf halber Strecke stehen. Es gebe weder ein umfassendes Klagerecht, mit dem die Frauenbeauftragten Entscheidungen inhaltlich beklagen könnten, noch gebe es eine den Aufgaben und Arbeitsumfang entsprechende verbesserte Ausstattung. Ebenso gebe es bei der Ausweitung des Geltungsbereichs keine tatsächlichen Verbesserungen. „Es ist nicht erkennbar, wie die schwarz-grüne Landesregierung das Fortkommen von Frauen besser als bislang fördern will“, sagte Gnadl.

GESETZENTWURF NACHBESSERN

Die SPD-Landtagsfraktion hält die Wiedereinführung der Fehlbelegungsabgabe in Hessen grundsätzlich für richtig. Im Gesetzentwurf sieht der SPD-Abgeordnete **Michael Siebel** zwei zentrale Mängel. Erstens würde damit die Fehlbelegungsabgabe schon bei niedrigen Einkommen erhoben. Zweitens würden den Kommunen keine Ausnahmegenehmigungen ermöglicht.



SCHUTZ FÜR SYRERINNEN

Für die Aufnahme von sexuell misshandelten und missbrauchten Frauen aus Syrien und dem Nordirak hat sich der sozialpolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion Gerhard Merz ausgesprochen. „Es handelt sich hier um die am meisten geschundenen Opfer der Bürgerkriege im Nahen Osten. Ihnen Schutz, Hilfe und medizinische Betreuung zukommen zu lassen ist vornehmste Pflicht einer den Grundsätzen der Humanität verpflichteten Flüchtlingspolitik“, sagte Merz.



BILD: FOTOMEK - FOTOLIA

KAMPF GEGEN EXTREMISMUS

Stimmungsmache gegen Flüchtlinge - z.B. von AfD und CSU - hat der SPD-Innenpolitiker **Tobias Eckert** kritisiert. Er forderte, den Kampf gegen Extremismus und Fremdenfeindlichkeit als Aufgabe der gesamten demokratischen Gesellschaft anzugehen. „Gerade angesichts des Anstiegs von fremdenfeindlichen Übergriffen auf Flüchtlingsunterkünfte ist es notwendig, dass alle Verantwortlichen sich den Wegbereitern dieser Ausfälle in den Weg stellen.“ Eckert dankte dem Bund und der zuständigen Familienministerin Manuela Schwesig für die Programme, die Fortschritte bei der Arbeit gegen Extremismus ermöglicht hätten.



Impressum
 SPD-Fraktion im Hessischen
 Landtag
 Schlossplatz 1-3
 65183 Wiesbaden
 Redaktion:
 Gert-Uwe Mende
 (verantwortlich)
 Katja Apelt
 Gerfried Zluga
 Martina Häusel-David
 Davia Merbach